

Nach Kritik an Kölner Bürgern: Stadt will Beteiligung an Großbauvorhaben steigern

Von Tim Attenberger | 05.09.18, 18:53 Uhr



Zwischen Bahndamm und künftiger Parkstadt soll einmal der Innere Grüngürtel verlaufen.

Foto: Google Earth

Köln - Bei sämtlichen großen Bau- und Verkehrsprojekten der Stadt hat es in den vergangenen Jahren deutliche Kritik an der Beteiligung der Bürger gegeben, sei es bei der Planung der Parkstadt Süd auf dem Großmarktgelände, beim Ausbau auf der Ost-West-Achse der Stadtbahn ab dem Heumarkt oder der Verlängerung der Nord-Süd-Stadtbahn auf der Bonner Straße. Die Verwaltung setzte zwar in allen Fällen – wie gesetzlich vorgeschrieben – ein Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung auf, die Adressaten fühlten sich aber nicht ernst genommen. Entsprechend groß fällt oft auch der Protest gegen die Großvorhaben aus.

Um die Situation zu verbessern, hat die Stadt inzwischen mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft generelle Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligungen entwickelt. Die Verwaltung will diese jetzt in einer einjährigen Pilotphase testen, um herauszufinden, welche Auswirkungen das hat. Am Ende sollen verbindliche Leitlinien entwickelt werden, damit eine systematische Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten möglich wird.

Verbindliche Leitlinien entwickeln

Zu den Kriterien gehört unter anderem, dass die Stadt die Bürger so früh wie möglich über neue Projekte und Planungen informiert und die Interessen möglichst aller von dem Projekt betroffenen Gruppen anhört. Die Verwaltung will zudem auch solche Gruppen zur Teilnahme bewegen, die bislang eher selten bei Beteiligungsverfahren mitmachen.

Die Stadt hat für den Pilotversuch den Ausschuss für Umwelt und Grün und die Bezirksvertretung Nippes ausgewählt. Alle Vorlagen, zu denen die beiden Gremien Beschlüsse fassen dürfen, sollen ab dem ersten Quartal 2019 von der Verwaltung um eine Empfehlung zur Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung ergänzt werden. Wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung empfohlen, muss die Stadt das explizit begründen. So soll sichergestellt sein, dass sich die Leitlinien bei möglichst vielen Projekten testen lassen. Darüber hinaus soll während der Testphase je ein Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung aus den Bereichen Stadtentwicklung, Verkehr, Sport und Kultur auf der Grundlage der Qualitätsstandards ausgewertet werden.

Die Projektleitung ist im Büro von Oberbürgermeisterin Henriette Reker angesiedelt. Für den Pilotversuch werden für zunächst anderthalb Jahre drei zusätzliche Stellen eingerichtet. Die Mitarbeiter sollen sich um die Organisation der beispielhaften Bürgerbeteiligungen sowie um die Öffentlichkeitsarbeit kümmern. Das Projekt soll 225000 Euro kosten. Hinzu kommen weitere 240 000 Euro für Personalaufwendungen.